Kampf der Hoffmann-Belegschaft von Streikbrecherbonzen erdolcht

Nach Hamburg, Torgau — jetzt Neugersdorf

Die Belegschaft marschiert mit ungebrochenem Kampfesmut in den Betrieb. Massenbekenntnis zur RGO!

Neugersdorf, den 25. Oktober 1932

Der heroische Kampf der Belegschaft des Textilbetriebes August Hoffmann in Neugersdorf wurde gestern abgeschlossen. Den DTV-Bonzen gelang es nach dem Abschluß der schändlichen Lohnabbauvereinbarung, der in dem Augenblick erfolgte, wo die Unternehmer der Streikleitung ihre Bereitschaft zum Nachgeben mitteilten, die geschlossene Kampffront der streikenden Belegschaft zu spalten. Damit war die einheitliche Fortführung des Kampfes nicht mehr möglich und die Belegschaft beschloß deshalb gestern in ihrer letzten Streikversammlung den Kampf ebenso geschlossen abzubrechen, wie er begonnen und bis zu dem schändlichen Verrat der Bonzen durchgeführt wurde. Nach der Streikversammlung marschierte die Belegschaft geschlossen zum Betrieb. Vor dem Fabriktor richtete der Vertreter der RGO noch eine kurze Ansprache an die tapfere Belegschaft. In der gesamten Arbeiterschaft herrscht eine ungeheure Empörung über den feigen Dolchstoß der DTV-Bonzen.

Der wochenlange Kampf der Neugersdorfer Textilarbeiter wurde von Anfang an mit einer vorbildlichen Begeisterung und Entschlossenheit durchgeführt. Die Unternehmermanöver, das Eingreifen der Polizei und Justiz, die Verhaftungen von Arbeitern und die Beschlagnahme von gesammelten Lebensmitteln konnten die Kampfkraft der Belegschaft nicht mindern. Selbst der Versuch der Nazipartei, die geschlossene Front zu sprengen, scheiterte an dem Kampfwillen der Naziproleten, die sich nicht gegen ihre streikenden Kollegen mißbrauchen ließen, sondern ihren Vertreter entgegen dem Willen ihrer Führer in der Streikleitung beließen.

Während die Belegschaft unbeirrt ihren Kampf führte, legten die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbonzen

Minen, um die rote Einheitsfront zu sprengen.

Hinter dem Rücken der Streikleitung organisierten sie Sonderbesprechungen einiger Gewerkschaftsmitglieder. Das Reichsbanner wurde herbeigerufen um „Sicherheitsdienst" zu leisten. So bewußt waren sich die Bonzen ihres Verrats, daß sie es für notwendig hielten, einen Reichsbannerschutz gegen die Streikenden zu organisieren. In Flugblättern wurden vom DTV die gemeinsten Verleumdungen gegen die Streikleitung und gegen die Belegschaft verbreitet. Selbst in der letzten Belegschaftsversammlung wagten es die Bonzen, die Behauptung aufzustellen, die Streikleitung sei bereit gewesen, die neueingestellten Kollegen fallen zu lassen. Das rief einen Sturm der Entrüstung hervor.

Das Eingreifen der Amtshauptmannschaft gab den Bürokraten Gelegenheit, die Vereinbarung, die für die gesamte Belegschaft einen Lohnabbau von 5 Prozent vom Stundenlohn und 4,5 Prozent vom Akkord bringt, zu treffen.

In der Betriebsversammlung am Montag früh wurde dann der Abschluß des Kampfes mit 102 gegen 96 Stimmen beschlossen.

Es ist bezeichnend, daß auch in diesem Streik eines einzelnen Betriebes gegen einen Lohnabbau der Staatsapparat aktiv eingriff. Nicht nur die Polizei wurde gegen die Streikenden mobilisiert, sondern auch die Behörden kamen den Unternehmern zu Hilfe und vermittelten die Verhandlungen. Im Rathaus von Neugersdorf wurde unter der aktiven Mitwirkung des Amtshauptmannes Dr. von Burgsdorf der Schandpakt unterschrieben. Der Staatsapparat ist das Machtinstrument der herrschenden Klasse. Sein Eingreifen in den Neugersdorfer Streik beweist, welche politische Bedeutung dieser Streik hatte.

Eine entscheidende Schwäche des Streiks war es, daß es nicht gelang, die Kampffront zu verbreitern und es insbesondere nicht möglich war, die Belegschaft von E. G. Hoffmann, wo auch ein Lohnabbau durchgeführt wurde, in den Streik einzubeziehen. Die DTV-Bürokraten wußten sehr gut, weshalb sie ihre Hauptkraft auf die Bearbeitung dieser Belegschaft legten.

Die Verbreiterung der Kampffront hätte ihren Verrat unmöglich gemacht.

Daß es den Bonzen gelang, wenn auch nur einen geringen Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus der Einheitsfront herauszubrechen, weist schon darauf hin, wie ungeheuer wichtig gerade die innergewerkschaftliche Arbeit ist. Wenn es den Bonzen einmal gelingt, einen Teil der Streikenden in den Gegensatz zur Gesamtbelegschaft zu drängen, dann ist die wichtigste Voraussetzung für den Sieg, die geschlossene rote Einheitsfront, schon unterhöhlt.

Wenn auch die Belegschaft den geplanten Lohnraub nicht restlos abwehren konnte, so ist ihr Kampf gegen das Unternehmertum nicht ergebnislos. Der Neugersdorfer Streik hat der gesamten Arbeiterschaft der Oberlausitz die wertvolle Lehre vermittelt,

daß die Arbeiterschaft nur in der roten Einheitsfront unter der Führung der RGO siegreiche Kämpfe führen kann, und daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie im Interesse der kapitalistischen Klassenherrschaft in jeden Kampf auf der Seite der Unternehmer steht. Nach Hamburg, Torgau — jetzt Neugersdorf. Diese Lehren, auf die wir noch ausführlich zurückkommen, müssen der gesamten Arbeiterklasse vermittelt werden.

Der Kampfmut der Belegschaft ist ungebrochen. Ueber 80 Mitglieder der RGO wurden in dem Betrieb während des Streikes gewonnen. Die Aufgabe dieser starken Gruppe wird es jetzt sein, den notwendigen neuen Kampf auf höherer, organisierterer Grundlage vorzubereiten, um das zurückzuerobern, was ihnen sozialdemokratischer Verrat raubte.

Nach dem Groß-Sammeltag

über dessen Ergebnisse wir an anderer Stelle noch im einzelnen berichten, heißt es, die Sammlung unentwegt weiterzuführen. Das Sammelsoll ist im großen und ganzen noch keineswegs erreicht. So wird

von Freital ein Sammelergebnis von 160 Mark gemeldet.

Das sind aber erst 45 Prozent des Sammelsolls. Also vorwärts zur Erfüllung des Solls!

Bautzen legt vor!

Bautzen hat sein Sammelsoll um 25 Prozent überschritten und an die Bezirksleitung eingesandt. Der Genosse Kassierer hat sich verpflichtet, allein 50 Mark zu sammeln. Er hat bis jetzt 50 Prozent davon erreicht.

Neukirch hat sein Soll ebenfalls erreicht und an die BL abgeführt.

Wo bleiben die Ortsgruppen Zittau, Ebersbach, Löbau, Bischofswerda und die übrigen gleichgroßen Gruppen?

Genossen, ran an die Arbeit! Laßt euch nicht von Bautzen und Neukirch schlagen!

Sammelt für den Kampffonds der KPD. für die Liste 3!

Führt die Sammlung nach wie vor weiter!

Ohne Wels und ohne Hitler kein Papen

Das zu betonen ist besonders gegenwärtig notwendig, wo die sozialfaschistische Bürokratie den frechen und demagogischen Trick zu wiederholen versucht, daß „ohne Thälmann kein Hitler" geworden wäre, wie das der Vorsitzende der SPD, Wels, am Sonnabend in Dresden erklärte. Derselbe Trick kehrt auch in einem Flugblatt der Sozialdemokratie, das in Dresden verteilt wurde, wieder, worin die Sozialdemokratie, um sich selbst ein Alibi vor den Arbeitern zu beschaffen, von der „nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit" im Parlament schreibt. Damit versucht sie einerseits die Kommunisten (wie das schon oft geschah) mit den Nazis zu identifizieren und damit vor den Arbeitern in Mißkredit zu bringen, und andererseits ganz in der schon einmal von Papen selbst entwickelten Linie dahingehend zu wirken, daß es gar keinen Zweck habe, eine antiparlamentarische Partei, wie die KPD, zu wählen. Dasselbe brachte Wels in seiner Rede in Dresden zum Ausdruck, in der er über das „Volk" jammerte, „weil es den Wert der Demokratie noch nicht erkannt" habe.

Die Arbeiter haben in den in der letzten Zeit von ihnen geführten Kämpfen äußerst drastisch gezeigt, daß sie den „Wert der Demokratie" zur Genüge erkannt haben. Ihnen ist in all den zurückliegenden Jahren äußerst deutlich zu Bewußtsein gebracht worden, wie richtig Friedrich Engels die „demokratische Republik" einschätzte, als er von ihr schrieb: „In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus." Sie haben darüber hinaus aber auch erkannt, daß die von den Sozialdemokraten gerade jetzt wieder soviel gepriesene Weimarer Republik die Brutstätte der faschistischen Diktatur war, der die Sozialdemokratie Stück um Stück den Weg gebahnt hat.

In der letzten Zeit wurde das erst mit aller Deutlichkeit wieder von Herrn Brecht vor dem Staatsgerichtshof dokumentiert, als dieser im Namen der Sozialdemokraten Severing und Braun erklärte:

„Haben wir nicht das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes erlassen, während die rechtsradikalen Organisationen unbehelligt geblieben sind?"

Von all diesen Tatsachen kann sich die Sozialdemokratie auch durch noch so starken Phrasenschwall nicht freimachen.

Wenn Wels in Dresden in Anpassung an die Stimmung unter den sozialdemokratischen Arbeitern sogar vom Kampf für ein „sozialistisches Deutschland" sprach, so darf auch diese Kraftmeierei niemanden darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie auch mit solchen Phrasen dem kapitalistischen Staatsapparat dienstbar ist.

Mit diesen der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter angepaßten Phrasen wird nichts weiter beabsichtigt, als deren allmäligen Zustrom zur roten Einheitsfronttaktik, ihre Mitbeteiligung vom tatsächlichen außerparlamentarischen Kampf gegen die faschistische Papen-Schleicher-Diktatur zu verhindern.

Um so entschlossener entfalten wir das Banner der proletarischen Einheitsfronttaktik und mobilisieren auch die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampf mit uns und für die Wahlliste Liste 3!

Die Toten mahnen!

Mobilisiert zur Antifaschistischen Kampfkundgebung

zum Gedenken der Opfer vom Oktober 1932 am Sonntag, dem 30. Oktober in Freiberg.

Betriebsbelegschaften, Erwerbslose, proletarische Organisationen, entsendet Delegationen.

Tolles Klassenurteil in Dresden

Drei Jahre Gefängnis für Antikriegspropaganda

Dresden, den 25. Oktober.

Der 1. Strafsenat des sächsischen Oberlandgerichts verhandelte gestern in geheimer Sitzung gegen die Arbeiterin Ilse Baron, den Genossen Erich Dittrich und den Genossen Bruno Goldhammer wegen angeblichen Verrats bzw. versuchten Verrats militärischer Geheimnisse, gestützt auf das wilhelminische Kriegsgesetz vom 3. Juni 1914 (!).

Der Verhandlung lagen die Vorkommnisse zugrunde, die zur Veröffentlichung eines Artikels in der „Arbeiterstimme" vom März 1932 über **Kriegsproduktion in der Dresdner Rüstungsindustrie** führten. Die Verteidigung der Angeklagten lag in den Händen des Rechtsanwaltes Dr. Helm. Nach vielstündiger geheimer Verhandlung verurteilte der Senat die

Arbeiterin Ilse Baron und den Genossen Dittrich wegen vollendeten Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse zu je einem Jahr Gefängnis und den Genossen Bruno Goldhammer wegen Versuchs (!) eines solchen Verbrechens ebenfalls zu einem Jahr Gefängnis.

Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Begründung wurde bezeichnenderweise nur geheim gegeben.

Die Klassenjustiz wird jedoch mit ihren Urteilssprüchen, auch mit jenen Methoden, wie sie in der Vierheimlichung der Urteils-„Begründung" zum Ausdruck kommen, nicht verhindern können, daß die Arbeiter ein wachsames Auge gegenüber der Kriegsproduktion haben und diese Wachsamkeit gerade angesichts der wachsenden Bedrohung der Sowjetunion durch die imperialistischen Mächte verschärfen.

Gegen das Urteil des sächsischen Oberlandgerichtes muß die gesamte Arbeiterschaft mit einem gewaltigen Proteststurm antworten!

18½ Jahre Zuchthaus für Antifaschisten

Das Hamburger Schwurgericht verurteilt auf Grund von Zusammenstößen am Tage der Reichspräsidentenwahl mehrere antifaschistische und kommunistische Arbeiter zu ungeheuren Strafen. Der angeklagte Arbeiter Fricke erhielt 8 Jahre Zuchthaus, die Arbeiter Kiel und Bleneck 5 bzw. 2½ Jahre Zuchthaus. Die übrigen Arbeiter erhielten Gefängnisstrafen zwischen 2 Monaten und 3 Jahren, ein Arbeiter wurde freigesprochen.

Die „Rote Kommune"

ist am Ende der vorigen Woche erstmalig erschienen und hat überall reißenden Massenabsatz gefunden. Allen Ortsgruppen, die ihren Inseratenanteil sicherstellen konnten, wurde sie in großer Auflage zugestellt. Aber diese rote Wahlzeitung

muß in noch stärkerem Maße vertrieben werden.

Das setzt aber die sofortige Erfüllung folgender Bedingungen voraus:

Alle Ortsgruppen müssen die Inserate für die „Rote Kommune", Nr. 2, so einschicken, daß dieselben am Donnerstag im Besitz des Verlages sind.

Heute und morgen muß noch gründlich angekurbelt werden um die

zweite Nummer in alle Orte

zu bringen. Außerdem geht nachdem die Inseratenwerbung für die 3. und 4. Ausgabe weiter!

Papen begrüßt sozialfaschistische Verratspraxis

Papen-Schleicher nehmen Kurs auf „Privatisierung öffentlicher Betriebe"

Berlin, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern hielt der Reichskanzler Papen auf der Tagung der Obermeister des Berliner und Märkischen Handwerks eine Rede. Papen kündigte eine Verordnung an, die „die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand einer periodischen Prüfung unterwirft und eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand zum Ziele hat".

Die Verordnung soll also in der Richtung der Privatisierung der öffentlichen Betriebe wirken. Zur Frage der Staatsform erklärte Papen, die Regierung habe jetzt „eine Fülle von Problemen zu lösen", und diese Frage stehe gegenwärtig nicht zur Debatte. Bezeichnend waren dann die Ausführungen Papens, die sich an den ADGB richteten. Er erklärte wörtlich:

„Ich begrüße es, wenn auf der kürzlich hier in Berlin stattgefundenen Tagung des ADGB und des Afa-Bundes Herr Abgeordneter Tarnow die Vereitschaft der Gewerkschaften erklärte — im wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß damit nicht nur passives Abwarten und Beiseitestehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt wird."

Daß dieser Appell Papens auf fruchtbaren Boden bei der ADGB-Führung fällt, beweist unter anderem eine Feststellung des Berliner Tageblattes, das auf die Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie bei Verhandlungen, bei Streiks hinweist und schreibt:

„Diese (ADGB) haben Einigungsverhandlungen und Kompromisse in Wirklichkeit gefördert und halten ihre Mitglieder sehr oft dazu an, friedliche Verhandlungen mit den Betriebsleitern zu erreichen. Diese Haltung entspricht ihrer Absicht, wie Tarnow kürzlich erklärte, dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung eine Chance zuzubilligen."

Mit welcher Energie die sozialfaschistischen Führer diese „Chance" für Papen zu sichern bestrebt sind, beweist vor allem ihre Vermittlungspraxis bei den jüngsten Kämpfen und Streiks der Arbeiter. Dafür spricht allein die Praxis der Bürokratie des DTV im Streik der Neugersdorfer Textiler. Ähnlich Davon zeugt u. a. auch das Vorgehen Noskes, der unsere Bruderzeitung in Hannover verbot, weil sie zur Unterstützung des Streiks der Weserschiffer aufrief.

Es ist klar, daß Noske nicht so gegen streikende Arbeiter vorgeht, ohne sich des Einverständnisses von Wels und Leipart versichert zu haben. So unterstützen die SPD-Führer die Politik der Papenregierung und die Durchführung der Lohnabbaunotverordnung.

Volksverräterischeid, radikale Phrasen, um die Arbeiter zu betrügen, aber Streikverbote zugunsten der Unternehmer, das ist die Politik der SPD-Führer.

Fragt jeden Arbeiter, ob es nicht Unterstützung der Papenpolitik ist, wenn SPD-Führer Arbeiterstreiks unterdrücken, wenn sie dazu wie jetzt eben im Neugersdorfer Streik, wie vor einiger Zeit im Hamburger Werftenstreik und im Streik der Teltower keramischen Arbeiter die Front der Streikenden durch Streikbruchparolen erdolchen?

Die Kommunistische Partei hat allein die Kämpfe der Arbeiter ehrlich und mit aller Kraft unterstützt. Das Millionenvotum für die Kommunistische Partei am 29. Juli hat das Kraftbewußtsein der kämpfenden Arbeiterschaft gestärkt und hat mit dazu beigetragen, daß in Hunderten von betrieblichen Streiks der neue Lohnabbau abgewehrt werden konnte.

Sorgt dafür, daß am 6. November ein [illegible] votum für die Kommunistische Partei, für [illegible] Je größer Massen sich zur Liste 3 bekennen, um so erfolgreicher wird die Arbeiterschaft den Kampf um ihre elementaren und um ihre Forderungen führen können.